

Eisenacher Weg

DIE TABAKINDUSTRIE  
TRIFFT GENAU  
IHRE ZIEL GRUPPE  
VOR DER KITA



34 | 10€  
STK.

Wir müssen sie jung an den Haken kriegen -  
und dann ein Leben lang.



KITA

Eisenach

# Kein Herz für Kinder

Die Interessen von Kindern und Jugendlichen spielen in der Politik so gut wie keine Rolle – doch eine Lobby für Kinder wäre so wichtig. Für die junge genauso wie für die alte Generation. Von Sebastian Schulke

**M**ünchen, Mitte Juni. Ein großer Schulhof. Der Himmel ist grau. Die Stimmung gedämpft. Knapp 20 Kinder rennen herum. Sie toben, kreischen und holen immer wieder tief Luft. Dabei bewegen sich die Masken, die sie auf Mund und Nase tragen, wie alte, verstaubte Blasebalge, die sich immer wieder zusammenziehen und auseinanderdehnen. Wie ein Herz, das müde schlägt. Doch die Kids hören nicht auf, geben nicht auf. Sie rennen über den Platz. Nicht so verspielt und leicht wie sonst. Aber darüber machen sich die Kinder gerade keine großen Gedanken.

Die Hälfte ist schon rum. Fünf Minuten dauert die Pause noch. Da wird jede Sekunde genutzt. Einfach raus. Irgendwie raus aus dem schier grenzenlosen Corona-Käfig. Auch wenn die Maske drückt, der Atem schwer geht und die Politik beziehungsweise Corona unvermindert sein Unwesen treibt.

Die Kids müssen viel auf ihren kleinen Schultern tragen während der Corona-Pandemie – mit all ihren Lockdowns, Hygienevorschriften und ständigen Tests. Direkt gefragt hat sie niemand, was sie davon halten und wie es ihnen damit geht. Die Politik sagt an, die Eltern oder Lehrer\*innen geben es weiter und die Kinder müssen es ausführen – wie es sich in einer zivilisierten Welt und modernen Gesellschaft gehört. Oder? Keine Widerrede. Hier geht es um das große Ganze. Das große Geschäft. Da haben Kinder doch keine Ahnung von, können Kinder nicht mitreden. Also brauchen Politiker \*innen auch nicht mit ihnen reden. Die Männer und Frauen im Bundestag wissen doch auch so, was gut für uns und unsere Kinder ist. Nein! Eben nicht.

Zumal es hier nicht um bloßes Wissen geht, sondern um die Interessen der Kinder. Ihre Pläne, Sorgen und Ideen. Und natürlich ihre Zukunft – was einige Politiker\*innen selbst immer wieder betonen: „Kinder sind unsere Zukunft“. Warum werden sie dann nicht gehört, gefragt und mit ins Boot geholt? Warum spielen die Interessen der Kinder eigentlich keine Rolle? Warum haben sie keine Lobby?

Bestimmte Gruppen bringen einseitig ihre Interessen in die Politik ein

„Eine Lobby ist eine Interessengruppe, was eigentlich von der Grundidee her etwas Positives ist“, sagt Johannes Wallacher. „Lobbyismus ist im Ideal eine legitime Form der Interessenvertretung und -artikulation in einem demokratischen Prozess. Dort treten verschiedene gesellschaftliche Gruppen auf, die ihre Interessen oder ihr spezifisches Wissen einbringen und sich in dieser Weise am politischen Willensbildungs- und Gestaltungsprozess beteiligen.“ Wallacher ist Sozialwissenschaftler, Wirtschaftsethiker und Präsident der Hochschule für Philosophie in München sowie Vater von drei Kindern.

Vom Ideal ist der reale Lobbyismus allerdings sehr weit entfernt. „Er hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten in eine Richtung entwickelt, wo bestimmte Gruppen aufgrund von größerer Macht und wirtschaftlichen Möglichkeiten einseitig ihre Interessen in den politischen Prozess einbringen“, sagt Wallacher. Und erläutert: „Das sind vor allem einflussreiche Lobbygruppen – wie zum Beispiel große Konzerne. Daraus entsteht ein Machtungleichgewicht. Zudem ist

die Einflussnahme nicht immer transparent. Schlimmstenfalls kann diese intransparente Einflussnahme bis hin zu Patronage und Korruption reichen.“

Doch dann sollte es doch umso mehr an der Zeit sein, diese schiefen Machtverhältnisse in ein Gleichgewicht zu bringen. Kinder könnten da ein gutes Gegengewicht darstellen. Nicht nur das. Gerade in Krisenzeiten müssten die Interessen und Nöte der Kinder gehört, gesehen und ernst genommen werden. Nicht nur der Wirtschaft mit all ihren kleinen und großen Konzernen geht es schlecht.

Angststörungen, Essstörungen bei Kindern haben seit Corona enorm zugenommen

Laut der *COPSY*-Studie (Corona und Psyche), die Forschende des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf durchgeführt haben, leidet fast jedes dritte Kind mittlerweile vermehrt an einer depressiven Symptomatik.

Angststörungen, Essstörungen und regelmäßige suizidale Gedanken haben danach erheblich zugenommen. Die *COPSY*-Studie ist bundesweit die erste und international eine der wenigen Längsschnittstudien ihrer Art. Mit alarmierenden Ergebnissen, die sich bereits Anfang des Jahres in vielen Kinder- und Jugendpsychiatrien abzeichneten. „Es gibt psychiatrische Erkrankungen in einem Ausmaß, wie wir es noch nie erlebt haben“, so Jakob Maske, der Sprecher des *Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte* (BVKJ), in der *Rheinischen Post*. „Die Kinder- und Jugendpsychiatrien sind voll, dort findet eine Triage statt.“ Wer nicht suizidgefährdet sei und „nur“ eine Depression habe, werde gar nicht mehr aufgenommen.

All das bewegt und interessiert die Politik jedoch nicht wirklich. Oder wie soll man sonst Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in einem Interview mit der *Bild am Sonntag* verstehen: „Das Leid der Kinder in der Pandemie beschäftigt mich sehr. Zu viele Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern haben nicht stattgefunden, Impfungen gegen Kinderkrankheiten sind ausgefallen, dazu kommen psychische Belastungen. Ich möchte daher noch vor den Sommerferien mit Kinderärzten, Psychologen, Erziehungswissen-

schaftlern sprechen, wie wir diese Versäumnisse auffangen können.“

Damit schien der längst fällige und sogenannte „Kindergipfel“ greifbar nahe zu sein. „Das Thema war ja immer präsent“, so Spahn. Ach so? „Aber wir haben uns darauf konzentrieren müssen, das Virus zu bekämpfen. Aber wir sehen: Die Pandemie trifft Kinder besonders hart. In Deutschland muss der Grundsatz gelten: Jedes Kind hat das Recht auf eine faire Chance im Leben. Diese Chance darf Corona nicht kaputt machen. Da sind wir als Regierung in der Pflicht.“

Diese „Chance“ sollte aber auch nicht die Regierung kaputt machen. Diese kommt ihrer Pflicht nicht nach. So ist ein bundesweiter Kindergipfel auch nach eineinhalb Jahren Corona-Krise nicht in Sicht. In

Bayern gab es bereits zwei nette Versuche. Anfang März traf sich Bayerns Ministerpräsident Markus Söder höchstpersönlich mit

## ***Wer nicht suizidgefährdet sei und „nur“ eine Depression habe, werde gar nicht mehr aufgenommen***

Kindern und Jugendlichen in der Münchner Staatskanzlei. „Das war erfrischend“, sagte er danach breit grinsend in die TV-Kameras. Ja mei, die Kinder. Echt lustig. Wichtige Forderungen, die auch der *Bayerische Jugendring* (BJR) gestellt hatte – wie die Öffnung von Jugendtreffs und Jugendhäusern – bekamen jedoch eine Absage. Es gebe zwar gute Hygienekonzepte, aber angesichts der steigenden Inzidenzen wolle man vorsichtig agieren, erklärte Familienministerin Carolina Trautner, die Ende April erneut Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu einem digitalen Dialog einlud und überrascht war: „Ich bin beeindruckt, wie vielfältig sich die Kinder und jungen Menschen bereits engagieren und aktiv beteiligen.“ Ja mei, die Kinder und jungen Leute. Kaum zu glauben.

So blieben am Ende auch hier mehr Worte als Taten stehen. Und sogar eher ein „weiter so“: Kindergärten, Schulen und Kitas müssen „testen, testen, testen“. Dazu Distanzunterricht und Wechselunterricht, geschlossene Vereine und Sportplätze. Und so wollten Söder und Co. mit Geld punkten. 55 Millionen Euro sollen in Förderkonzepte und den Ausbau der Schulsozialarbeit, des Streetworkings, der Erziehungsberatungsstellen und des Ausbildungscoachings

# EIN HERZ FÜR KINDER ARBEIT



Informationen über die H&M-Kampagne  
zu Kinderarbeit sind unter  
www.hm.com/kinderarbeit  
erhältlich. Die H&M-Kampagne  
ist ein Projekt von Amnesty  
International. Weitere Informationen  
sind unter www.amnesty.org  
erhältlich.

DIES IRAE  
KAMPAGNE 2011

Informationen  
über die H&M-Kampagne  
zu Kinderarbeit sind  
unter www.hm.com/kinderarbeit  
erhältlich.

Tivoli



VERKEHRSBETRIEBE KARLSRUHE GMBH

*Na dann lass ma's halt arbeiten...*

gesteckt werden. Doch Schule und Ausbildung, um die es sich hier fast ausschließlich dreht, sind nicht alles im Leben eines jungen Menschen.

Es braucht mehr direkte und praktische Hilfe

Kinder und Jugendliche haben auch nicht viel davon, wenn, wie in Bayern, der *Bayerische Jugendring* oder andere Jugendhilfeeinrichtungen wie die *Deutsche Kinder- und Jugendstiftung* erst jetzt mehr Fördergelder zugesagt bekommen. Auf die schwierige Situation der jungen Menschen wird seit über einem Jahr immer wieder von Sozialarbeiter\*innen, Ärzt\*innen und Expert\*innen hingewiesen.

Es braucht mehr direkte und praktische Hilfe. Die große Mehrheit der Kinder will spielen, Freund\*innen treffen und draußen an der frischen Luft herumtoben. „Nein“, sagt die Politik. Das gehe nur unter Beachtung von Regeln. Nur sind diese alles andere als kindgerecht. Dabei leiden die Kinder am wenigsten unter einer Corona-Infektion, am meisten jedoch unter der Corona-Politik. Besonders Jugendliche. Sie werden wie Kriminelle behandelt und von der Polizei gejagt, wenn sie es wagen, trotz Lockdown auf einem Bolzplatz zu kicken. Auch wenn 50 Meter davon entfernt Kleinkinder mit ihren Mamas und Papas spielen und Freund\*innen treffen. Oder in den Fabrikhallen großer Konzerne die Mitarbeiter ohne Maske und Testpflicht an Maschinen mit oder ohne Rädern herumschrauben dürfen. Das passt einfach nicht zusammen.

„Die Interessen der Kinder in einer Gesellschaft, die zunehmend älter wird, sind für Parteien und deren Politik nicht wirklich relevant“, meint Wallacher. „Um es einfacher und klarer zu sagen: Kinder haben keine Stimme, sind nicht wahlberechtigt und wahlentscheidend. Was gerade jetzt wieder vor der Bundestagswahl deutlich wird. In den einzelnen Wahlprogrammen stehen vor allem die Interessen der 60-Plus-Generation im Vordergrund.“ Er betont: „Dabei sind die Interessen der Kinder für unsere Gesellschaft so wichtig. Sie geben uns einen anderen Zugang zur Welt, zeigen neue Perspektiven auf und sichern unsere Zukunftsfähigkeit.“

Ein gutes Beispiel dafür sei die *Fridays-for-Future*-Bewegung, die sich für den Klimaschutz einsetze – von Greta Thunberg im Alter von 15 Jahren ins Rollen gebracht. Hier zeigen Kinder, Jugendliche und Studenten, dass sie politisch denken und handeln. Dass sie für Ihre Interessen eintreten und Ziele verfolgen. „Dafür braucht die junge Generation keine

klassischen Parteistrukturen. Über soziale Netzwerke im Internet tauschen sie sich weltweit aus, setzen durch ihre Demonstrationen schnell und direkt Impulse, die für eine gesellschaftliche Transformation sorgen“, sagt Wallacher.

Einen gewissen Einfluss hat diese Klima-Lobby dadurch schon auf die Politik, dieser ist nur leider nicht sehr nachhaltig. Die Interessen der Kinder und Jugendlichen geraten schnell in Vergessenheit, wenn sie den Politiker\*innen nicht mehr nützen. „Und genau da liegt das strukturelle Problem einer Lobby für Kinder“, betont Wallacher. Natürlich könnten die jungen Menschen auf die Straße gehen. Wirklich etwas verändern könnten sie allerdings nur dann, wenn sich die Formen der Mitbestimmung und Mitwirkung in unserer Gesellschaft änderten. „Da müssten vor allem die Parteien ein Zeichen setzen, indem sie den Kindern eine Stimme geben.“

Den Kindern durchs Familienwahlrecht eine politische Stimme geben

Durch das schon lang diskutierte Familienwahlrecht wäre das möglich. Dieses bezeichnet eine Form der Beteiligung an Wahlen, bei der die Eltern eine Stimme für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder abgeben. Um so den Interessen der Kinder ein Gewicht bei Wahlen zu geben – und die politische Partizipation der Familien zu stärken. Bereits 2003 beantragten Abgeordnete mehrerer Fraktionen im Deutschen Bundestag „Mehr Demokratie wagen durch ein Wahlrecht von Geburt an“ – mit dabei auch der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) sowie seine beiden Stellvertreter\*innen Hermann Otto Solms (FDP) und Antje Vollmer (Die Grünen). Der Antrag wurde abgelehnt. Wie auch 2008. So bleiben mehr als 13 Millionen Bundesbürger\*innen, also Kinder und Jugendliche, von der Wahl ausgeschlossen.

Dafür wird gerade etwas lauter über das Wahlalter diskutiert – auf 16 oder sogar 14 Jahre möchten es einige senken. Bei Bundestagswahlen liegt es weiterhin bei 18 Jahren. Allerdings: In elf von 16 Bundesländern dürfen bereits Jugendliche ab 16 Jahren bei Landtags- und Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben, bei der Wahl von Bürgermeister\*innen und Gemeinderat\*innen mitentscheiden. Ein zaghafter Schritt in Richtung mehr Rechte, mehr Einfluss für Kinder.

Im Großen und Ganzen sträubt sich die Politik jedoch genau dagegen. Die junge Generation könnte ja das bei Politiker\*innen weit verbreitete und beliebte Spiel

Sebastian Schulke  
*ist Papa von zwei wunderbaren Kindern, die sich gut durch das Corona-Abenteuer kämpfen. Und deren Herzen äußerst schnell und klar schlagen. Das ist schön.*

um Macht, Geld und Gier stören, ja vielleicht sogar kaputt machen – Kinder als große Spielverderber\*innen.

Die eigentlichen Spielverderber\*innen haben allerdings ein Parteibuch in der Hand. Zuletzt scheiterte im Bundestag der Versuch, die Rechte von Kindern nachhaltig zu stärken und sie im Grundgesetz zu verankern. Nach den Plänen der Koalition sollte das Grundgesetz um folgende Passage ergänzt werden: „Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen. Das Wohl des Kindes ist angemessen zu berücksichtigen. Der verfassungsrechtliche Anspruch von Kindern auf rechtliches Gehör ist zu wahren. Die Erstverantwortung der Eltern bleibt unberührt.“ Doch die Parteien konnten sich nach langen Verhandlungen nicht auf eine Formulierung für eine entsprechende Verfassungsänderung einigen. Einigen ging der Entwurf nicht weit genug, andere lehnten ihn ab. Verlierer\*innen dieses politischen Verwirrspiels: einmal mehr die Kinder.

Dabei hat sich Deutschland, wie fast alle Länder der Welt, der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet. Darin steht unter anderem: Kinder haben das Recht, sich zu informieren, sich mitzuteilen, gehört zu werden und sich zu versammeln. Im Klartext: Die Meinung von Kindern zählt.

Nicht in Deutschland. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) schreibt auf seiner Webseite politisch korrekt und äußerst schwammig: „Die Regierungsparteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Für die geplante Grundgesetzänderung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat erforderlich. Im parlamentarischen Verfahren über das Vorhaben Anfang Juni 2021 konnte keine interfraktionelle Einigung erzielt werden.“

Den Kindern endlich auf Augenhöhe begegnen

Das *Aktionsbündnis Kinderrechte*, zu dem das *Deutsche Kinderhilfswerk*, der *Kinderschutzbund*, das *UN-Kinderhilfswerk*, *UNICEF* und die *Deutsche Liga für das Kind* gehören, hatten sich hier einmal mehr, wenn auch erfolglos, für die Belange und Rechte der Kinder eingesetzt. Das ist gut und wichtig. So stehen die Kinder nicht ganz allein auf der großen, weiten Politikbühne. Dazu kommen Elternverbände sowie diverse soziale Institutionen und Initiativen. Die Welt

besteht zum Glück nicht nur aus Geld und Gier allein. Doch bei einer Lobby für Kinder bringe es laut Wallacher nichts, wenn die Erwachsenen für die Kinder sprechen und deren Interessen vertreten würden. „Die Kinder setzen die Agenda-Punkte. Und die Politiker sollten sich ehrlich, offen und direkt mit den Ideen und Bedürfnissen der jungen Generation auseinandersetzen und mit ihnen gemeinsam politische Prozesse gestalten.“ Nur so kann eine gesellschaftliche Entfaltung entstehen und sich für die Kinder etwas verändern, verbessern und bewegen.

Wer sich für die Belange von Kindern einsetzen möchte, „muss ihnen auf Augenhöhe begegnen und sie fragen, was sie brauchen und sich wünschen“, meint Judith Greil, die Vorsitzende des *Kreisjugendrings München-Stadt*. Die zukünftigen Bürger\*innen sollten ihre Themen und damit ihre Lobby eigenständig gestalten können. Damit hat Greil schon gute Erfahrungen in den KJR-Einrichtungen und Jugendverbänden gemacht – in Form von regelmäßigen Kinder- und Jugendratssitzungen und Kinderkonferenzen. „Allerdings brauchen sie dann auch verantwortungsvolle Paten in Politik und Verwaltung, die sie in ihren Anliegen ernstnehmen und unterstützen.“ Greil ist davon überzeugt: „So eine Kinder-Lobby wäre wahrscheinlich viel innovativer, weil Kinder weniger Denkschranken im Kopf haben. Da gäbe es bestimmt die eine oder andere Überraschung.“

Zurück auf den Schulhof. Der Himmel ist immer noch grau. Die Pause vorbei. Die Kids sitzen in ihren Klassenzimmern an ihren Tischen. Sie lernen. Dabei bewegen sich die Masken, die sie auf Mund und Nase tragen, immer noch wie alte, verstaubte Blasebälle, die sich zusammenziehen und auseinanderdehnen. Wie ein Herz, das müde schlägt. Doch die Kinder sind nicht müde. Ihre Herzen schlagen schneller und schneller. Wann wird das endlich die Politik verstehen?<